

SEPTEMBER 2013 *Neue Zürcher Zeitung* NR. 266

FOLIO



HILFE

Von Rettern, Wohltätern und ihren Opfern

ZWISCHEN PEST UND CHOLERA

Nach dem schweren Erdbeben von 2010 flossen 5 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern nach Haiti. Mit bescheidener Wirkung: Statt der Bevölkerung zu helfen, gebärden sich die Hilfsorganisationen wie moderne Kolonialherren. VON LINDA POLMAN



Nicht mehr als ein Prozent der Nothilfe erreicht die Menschen in Haiti.

Choleraerkrankungen sind relativ einfach und billig zu bekämpfen. Man gibt dem Patienten eine Lösung aus einem Teelöffel Salz und acht Stück Zucker pro Liter Wasser, so lange, bis der Durchfall aufhört. Nur in schweren Fällen benötigen die Patienten Infusionen mit Medikamenten. «Schon nach drei Tagen gehen die meisten aus eigener Kraft nach Hause», sagt Doktor Wester Lambert. Der junge haitianische Arzt leitet in Delmas 1, einem der Lager für wohnungslose Erdbebenopfer in der Hauptstadt Port-au-Prince, eine kleine Cholera-Behandlungsstelle. Das Segeltuchzelt, in dem er seine Patienten behandelt, steht am äussersten Rand des Lagers, so weit wie möglich entfernt von den Hunderten anderen Zelten. 24 Patienten, regungslos und abgemagert, hängen an Infusionen, die an Zeltstangen befestigt sind. Ihre blossen Hintern stecken in Löchern in den dünnen Matratzen, direkt über Plastic-Kübeln, die auf dem Fussboden strategisch placent worden sind.

Im Oktober 2010, zehn Monate nach dem Erdbeben, brach in Haiti die Choleraepidemie aus. Die Inselbewohner waren «immunologisch naiv»; die Bakterien waren importiert worden, vermutlich von nepalesischen Blauhelmen. Innerhalb eines Jahres schnellte die Zahl der Angesteckten von null auf eine halbe Million: 5 Prozent der Bevölkerung. Die haitianischen Behörden werden schon mit der einfachsten Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nicht fertig, geschweige denn mit der rasanten Ausbreitung einer Choleraepidemie. Internationale Hilfsorganisationen mit ihrem Wissen, Geld und Personal hätten jetzt einspringen müssen. Aber sie taten nicht mehr, sondern weniger.

Nach dem Erdbeben waren über 5 Milliarden Dollar für Haiti gesammelt worden, doch die kostenlose Verteilung von frischem Trinkwasser wurde – mit einer Ausnahme – in allen Camps gestoppt: Gratisdienste zu liefern war nach Ansicht der internationalen Geberorganisationen keine «nachhaltige Hilfe» und verführe die Menschen nur dazu, in den Camps herumzuhängen. Sie sollten endlich fort aus den Camps, ihr eigenes Leben wiederaufnehmen. Bei Ausbruch der Epidemie hatten noch die Hälfte aller Zeltbewohner Zugang zu sauberem Wasser; ein halbes Jahr später waren es nur noch 2 Prozent. Cholera gedeiht in menschlichem Stuhlgang, aber ein halbes Jahr nach Beginn der Epidemie gab es in den von einer halben Million Menschen bevölkerten Camps nur etwa 4000 brauchbare Latrinen und Port-o-Potties (Toilettenkabinen). Noch jetzt gibt es 385 Zeltlager, in denen sich im Schnitt 300 Menschen ein schmutziges überlaufendes Klosett teilen müssen.

Auch ausserhalb der Camps wird nicht in sauberes Wasser oder Sanitäranlagen investiert: Schon vor dem Erdbeben hatten nur etwa die Hälfte aller Haitianer Zugang zu einem Brunnen, 20 Prozent zu Sanitäranlagen. Über 8000 Menschen sind bis jetzt an der Cholera gestorben. Während die Epidemie weiter zunimmt – inzwischen haben sich 665 000 Menschen angesteckt –, fehlt es einer UN-«Cholerainitiative» an Geld, und zwei Wasserreinigungsprojekte von Nichtregierungsorganisationen in der Hauptstadt sind wegen fehlender Finanzierung blockiert. «Dies ist nur möglich, weil niemand die NGO zwingt, mehr zu tun», sagt Doktor Lambert. «Sie sammeln zwar Geld für uns Haitianer, doch sie setzen falsche Prioritäten.»

Haiti ist eine sogenannte NGO-Republik. So bezeichnet man Länder, deren Überleben von ausländischen Gebern und Hilfsorganisationen abhängig ist. Im Jargon der Vereinten Nationen heissen sie «Least Developed Countries», die am wenigsten entwickelten

Länder. Weltweit sind dies zurzeit 48. Nicht die eigenen Regierungen, sondern die der Geberländer bestimmen im wesentlichen, wofür die ausländischen Hilfsfonds verwendet werden. Dutzende Milliarden Dollar pro Jahr lassen sie über internationale Hilfsorganisationen und Institutionen wie die Vereinten Nationen und die Weltbank laufen. Diese Gelder fliessen in Parallelorganisationen, die unendlich viel reicher und mächtiger sind als die Regierungen dieser armen Länder. In Haiti betrug allein die offizielle Hilfe von Geberländern im Jahr 2009, dem Jahr vor dem Erdbeben, 130 Prozent des haitianischen Gesamteinkommens. 2010, im Erdbebenjahr, stiegen die Hilfsgelder auf das Vierfache.

Wie die Milliarden verteilt werden, bestimmen die Geberländer. In Haiti sind dies vor allem die Regierungen der USA, Kanadas und Frankreichs sowie die EU. Nach dem Erdbeben, als der übliche Helferstrom nach Haiti enorm anwuchs, kamen in Haiti Dutzende weitere Geberregierungen und internationale NGO hinzu, die ebenfalls über ihr eigenes Geld verfügten.

Der haitianische Staat bekommt von diesen Mitteln nur einen Bruchteil. Nicht mehr als 1 Prozent aller Nothilfefonds und ungefähr 10 Prozent aller Fonds für Haitis Wiederaufbau (insgesamt gut 5 Milliarden Dollar) liessen die Geber in den haitianischen Staat und in den haitianischen öffentlichen Sektor fliessen. Der Löwenanteil landete auf den Bankkonten internationaler NGO, der Weltbank, der Vereinten Nationen, der Inter-American Development Bank, westlicher Bauunternehmen und Consultingfirmen. Wie diese Gelder investiert wurden, wissen nur die Organisationen und Institutionen selbst. Die haitianische Regierung hingegen weiss nicht einmal, wie viele NGO eigentlich im Land tätig sind. Laut Uno waren es vor dem Erdbeben schon um die 10 000.

Die NGO-Republik wird regiert von Log Base aus, dem logistischen Hauptquartier der Vereinten Nationen an der Strasse zum Flughafen Toussaint Louverture in der Hauptstadt. Sie liegt verschanzt hinter hohen Mauern, weissgekalkt mit Uno-blauen Streifen an den Gehwegen. Jeden Morgen behängen hoffnungsvolle Souvenirverkäufer die Aussenseite der Mauern dicht an dicht mit Bildern, holzgeschnitzten Arbeiten und anderem Kleinram.

Innerhalb der Mauern gibt es von lila- und gelbblühenden karibischen Sträuchern und Obstbäumen gesäumte Spazierwege zwischen gekühlten Bürocontainern, elektrische Golfwagen für die grösseren Entfernungen, gepflegte Rasenstücke und Satellitenschüsseln. Die NGO-Republik hat ihre eigene Uno-Flagge, eine eigene Währung (den US-Dollar) und sogar ein eigenes Klima: In «The Deck Bar & Grill» blasen Windmaschinen kalte Nebelwolken über die Köpfe der speisenden UN-Funktionäre aus Südkorea, Kanada, den USA, Chile und Frankreich, der UN-Militärs aus Brasilien und Indonesien und der Unternehmer aus Vietnam und Amerika. Heute besteht das Menu aus Sushi, Jasminreis, Eis von Häagen-Dazs und Halal Shoarma. Die NGO-Republik ist cholerafrei: Log Base hat mehr öffentliche Toiletten als jedes Zeltlager für die Haitianer, mit elektrischen Händetrocknern an weissgekachelten Wänden.

Auch das Büro von Nigel Fisher ist komfortabel, mit Ledersesseln und einer Sekretärin, die Kaffee bringt. Aber Nigel Fisher, Sondergesandter der Uno und Leiter der UN-Mission in Haiti, kennt auch die Welt ausserhalb des UN-Bezirks. Der grossgewachsene kanadische Diplomat macht eine vage Armbewegung in die Richtung des Gebirges, das sich rund um die Stadt ausserhalb der Mauern

erstreckt. «Zehntausende, Hunderttausende Ausländer machen in diesem Land Dinge, die eigentlich die Haitianer selbst tun müssten», sagt er. «Nach Ansicht vieler Ausländer hier ist das ein notwendiges Übel: In den Analysen von Hilfsorganisationen und Gebern ist Haiti ein «failed state, der selber nichts kann.» Für Fisher ist diese Argumentation zu einfach: «Du kannst dich nicht über einen gescheiterten Staat beschweren, wenn du nicht in Projekte investierst, die den Staat und die Qualität der Führung stärken. Das haben wir in all den Jahren vor dem Erdbeben auch schon nicht getan.»

Versprochen hatte man anderes. Nach dem Erdbeben wurden zahllose Berichte produziert, in denen Geberländer und Hilfsorganisationen die Notwendigkeit eines stärkeren und besser organisierten

...

Die Beamten erzählen von NGO, die Dörfer überrollen, nirgends um Erlaubnis bitten und niemanden um Rat fragen.

...

Staates betonten. Sie riefen eine Kommission ins Leben, in der die haitianische Regierung gemeinsam mit ihnen die Prioritäten für den Wiederaufbau bestimmen sollte. Bill Clinton, damals UN-Gesandter, und Jean-Max Bellerive, Haitis damaliger Premier, wurden gemeinsam Vorsitzende der Kommission.

Auch der haitianische Jurist Gary Lissade sass in dieser Kommission. Rückblickend kann er nur noch lachen über das, was er da erlebt hat. «Die Geber wollten keinen Cent in Wiederaufbauprojekte stecken, wenn sie nicht selbst eine Glanzrolle darin spielen konnten», berichtet er in seinem vom Erbeben gezeichneten Büro mit Rissen in allen Wänden. «Die finanzielle Beteiligung an Projekten, die nicht ihre eigenen waren – wie wichtig sie auch sein mochten –, bedeutete für sie Geld, das verschwindet.»

Das Wegräumen von 20 Millionen Kubikmetern Trümmern zum Beispiel: «Keinen Cent haben sie da hineingesteckt, denn auf geräumte Trümmer kann man keine Werbesticker heften. Geber wollen Ehre für ihr Geld. Sie wollen, dass die Welt weiss: Ich war es, der diese Millionen gegeben hat! Ich!» Gary Lissade lacht schallend. Nach zwei Jahren lagen mindestens die Hälfte der Trümmer immer noch da, wodurch wenig oder nichts in der Stadt bewegt werden konnte. Und die Kommission war aus Mangel an Geberinteresse inzwischen schon wieder aufgelöst worden.

Haiti steckt voll solcher Geschichten, Geschichten über den Staat, den öffentlichen Sektor und die Machtlosigkeit gegenüber der NGO-Republik. Im ganzen Land, das aus 565 Gemeinden besteht, gibt es Bürgermeister, Gemeinderäte und Beamte, die sich durch die Schiffslandungen von Ausländern erniedrigt fühlen und demotiviert sind. In häufig leeren, oft vom Erdbeben zerstörten Büros, meist ohne Elektrizität, sitzen sie an leeren Schreibtischen, ohne Telefon und Computer, und erzählen ihre Geschichten von NGO, die einfach die Dörfer überrollen, nirgends um Erlaubnis bitten und niemanden um Rat fragen, während in den 565 Gemeindeverwaltungen ein Schatz an Ideen, Erfahrung und Wissen zu finden wäre.

Joseph Philippe, Landbautechniker mit abgeschlossenem Studium und technischer Koordinator des Zivilschutzkomitees der Stadt Léogâne, beispielsweise konnte sich bei den Dutzenden NGO, die kurze Zeit nach dem Erdbeben herbeiströmten, kein Gehör verschaffen. «Unsere Prioritäten waren nicht dieselben, die sie hatten, aber ihre wurden ausgeführt. Wir hatten es einfach zu akzeptieren.»

Was das vom Erdbeben besonders schwer getroffene Léogâne brauchte, waren neue Häuser an sicheren Orten für Zehntausende, die obdachlos geworden waren. Was sie bekamen, waren Zelte und Gebäude auf einem Stück Land, von dem jedes Kind in Léogâne wusste, dass es bei der nächsten Regenzeit überflutet würde. In Léogâne treffen sich drei Flüsse. «Unser Vorschlag war, zuerst in ein Abwassersystem und Uferbefestigungen zu investieren. Aber mit einer Ausnahme fegten uns alle NGO beiseite. Sie waren gekommen, um so schnell wie möglich die Zelte aufzubauen. Und das taten sie.» Thomas, der erste tropische Orkan im Dezember 2010, setzte einen Grossteil der Unterkünfte sofort unter Wasser. Aber da waren die NGO längst wieder fort.

In der Stadt Tabarre, vor den Toren von Port-au-Prince, verbot Bürgermeister Franz Theodat einer NGO, Latrinen für eine Gruppe obdachloser Zeltbewohner zu graben. «Die Leute holten dort ihr Trinkwasser aus dem Boden! Daneben gräbt man doch keine Kacklöcher! Was die Menschen brauchten, waren Port-o-Potties, aber die besass diese NGO nicht. Am nächsten Tag ging ich hin, um nachzusehen, und da waren die Latrinen doch da. Ich bin verantwortlich, aber sie haben die Macht.»

Auf dem Gelände des Städtischen Krankenhauses im Herzen der Hauptstadt liegen zwischen Gerümpel und Trümmern auch ein paar Autowracks herum; unter einzelnen Mangobäumen starren Patienten vor sich hin. In den gedrängt vollen Krankensälen stinkt es, und es ist drückend heiss. Hier und da sieht man noch Überbleibsel der NGO-Invasion direkt nach dem Erdbeben: Die Bomberos Unidos aus Madrid, Operation Blessing International und Unicef liessen ihre inzwischen zerrissenen Zelte stehen, und auf Türen und leeren Kartons sieht man noch die Sticker vom amerikanischen Roten Kreuz und von der USAID. Eine grosse Ratte saust den Korridor entlang.

Doktor Jacques Pierre-Pierre, medizinischer Direktor eines anderen Krankenhauses, beklagt die Unterminierung von Haitis öffentlichen Einrichtungen durch die Hilfsorganisationen. NGO konnten höhere Gehälter zahlen. So verloren Universitäten ihre Dozenten, Zeitungen und Radiostationen ihre besten Journalisten. Er selbst verlor Ärzte und Pflegepersonal. Pierre-Pierre sprach über den «Aderlass» mit dem Ministerium für Volksgesundheit, vergeblich. «Sie waren wehr- und machtlos. Sie konnten nichts tun.»

In Caracol, auf der anderen Seite des Landes, nahe dem Cap-Haïtien, wurde der Gemeindeverwaltung eine koreanische Kleiderfabrik aufgeschwätzt; ein Projekt der mächtigsten Donatoren, der USA und der Inter-American Development Bank. Und das kam so: Anderthalb Jahre nach dem Erbeben fiel den Mitgliedern des amerikanischen Kongresses auf, dass von den 412 Millionen Dollar, die der Kongress für Haitis Wiederaufbau bewilligt hatte, bisher nur 1 Prozent verwendet worden war. Aussenministerin Hillary Clinton musste schnell einen «Erfolg» verbuchen und schante die Hälfte des zur Verfügung stehenden Betrags (224 Millionen Dollar) einfach

dem Projekt einer Textilfabrik zu. Als Standort auserwählt wurde das Städtchen Caracol. Fast 400 Bauern verloren ihr Land, weil sie dem Caracol Industrial Park weichen mussten.

Das südkoreanische Unternehmen Sae-A Trading, Lieferant amerikanischer Ketten wie Walmart und Gap, versprach, in sechs Jahren Arbeitsplätze für 20 000 Haitianer zu schaffen. Im Gegenzug wird der Betrieb die ersten 15 Jahre lang von Steuern befreit. Fabrikhallen, ein Elektrizitätswerk und Luxuswohnungen für Expats bekommt der Betrieb aus dem Wiederaufbaufonds für Haiti geschenkt.

In jeder der fünf Gemeinden rund um den Industrial Park hat die USAID, das ausführende Organ der amerikanischen Entwicklungshilfe, einen Consultant installiert. Der Consultant in der Stadt Caracol heisst Joanel Chéry, einst Bürgermeister von Cap-Haïtien, jetzt unter amerikanischem Vertrag. Wenn man dem stellvertretenden Bürgermeister von Caracol Fragen stellt, flüstert Chéry ihm die Antworten buchstäblich ins Ohr. «Die Gemeinde hat eine Partnerschaft mit den Koreanern», sagen die beiden Männer. «Sie schaffen die Arbeitsplätze, wir tun das Übrige.»

Der Bürgermeister selbst, Colas Landry, merkt nichts von irgendeiner Partnerschaft. «Alle Hilfsgelder für Caracol fliessen in die Unterstützung der Fabrik», erzählt er. «Die Koreaner brauchen Strassen, Elektrizität, Wasser, Wohnungen. Ich versuche dafür zu sorgen, dass wir auch etwas abbekommen, aber die Strasse zum Beispiel, die sie gebaut haben, endet genau beim Fabriktor.» Das Fabrikgelände ist ein Staat im Staat und erstreckt sich über viele Hektaren. Es liegt versteckt hinter eisernen Zäunen und hohen Mauern. Bewaffnete Wachmänner verwehren Unbefugten den Zutritt. Eine Frau, die in einer Strohhütte auf der anderen Seite der Strasse wohnt, erzählt, dass ab und zu eine brüllende Maschine auftauche und alles niedermähe, was im Wege sei, auch Obstbäume und Gemüsegärten. Auf Schildern neben dem Eingang steht: «Sae-A loves Haiti» und «Sae-A loves you».

«Wir haben Angst», sagt Bürgermeister Landry, «dass die Fabrik Tausende, Zehntausende anziehen wird, die hier dann in der Hoffnung auf Arbeit herumhängen. Wo lassen wir die? Wir haben kein Geld, um etwas für sie zu tun. Werden die Amerikaner dafür sor-

gen, dass es hier nicht ein einziges grosses Ghetto wird?» Er weiss es nicht; man hat ihm nichts gesagt.

Nicht alle Projekte ignorieren die haitianischen Behörden. Der 34-jährige Arzt David Walton aus Boston arbeitet in der kleinen Stadt Mirebalais in der Organisation Partner in Health (PIH) mit der haitianischen Regierung zusammen. Nur 12 Prozent des Budgets der PIH stammen von Geberregierungen. Die Organisation ist in der Lage, gemeinsam mit den Haitianern die Prioritäten zu bestimmen, und entscheidet sich für Investitionen in das haitianische Ministerium für Volksgesundheit. Andere NGO bauen lieber Privatkliniken, bei denen der haitianische Staat nichts zu sagen hat.

Walton lobt die Regierungsvertreter, mit denen er zusammenarbeitet, sie seien kooperativ und motiviert. «Und sie haben Ideen, aber keiner will ihnen zuhören. Es gibt wenige NGO, die auch nur versuchen, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Es ist viel einfacher, sie zu ignorieren: niemand, der dir über die Schulter schaut, Zahlen studiert oder Fragen stellt. Meine eigene Arbeit wäre auch viel bequemer, wenn ich um die haitianischen Regierungsvertreter herumagieren würde. Doch frage ich mich selbst immer: Für wen mache ich diese Arbeit nun eigentlich?»

Walton sieht keinen Grund, weshalb Haitianer nicht genau dieselbe Versorgung bekommen sollten wie Amerikaner oder Niederländer. «Hier kommt demnächst Sauerstoff aus den Wänden», erzählt er, «und in jenem Raum wird ein Gerät für Computertomographie stehen – das erste in einem öffentlichen Spital. Und draussen möchte ich einen Platz mit hübschen Pflanzen und einem Teich voller Koi haben.» Und er fügt hinzu: «Japanische Karpfen haben für Haitianer natürlich nicht Priorität. Aber sie finden sie einfach schön.»

LINDA POLMAN ist freie Journalistin; sie lebt in Amsterdam. Ihr Buch «Die Mitleidsindustrie» erschien auf deutsch 2010 bei Campus. Übersetzung aus dem Niederländischen: MARIANNE HOLBERG.